

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Telefonnummer M 8538.
Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 16

Cöln, den 2. August 1913.

I. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

II.

Mitgliederverhältnisse.

Die Kurve der Mitgliederbewegung hatte im Jahre 1911 zunächst eine starke Aufwärtsbewegung angezeigt, die indes nur bis zum zweiten Halbjahr vorhielt. Dann hatte sich eine ruhige und langsame Weiterentwicklung eingestellt, unter dem wesentlichen Einfluß der Agitationslähmung infolge der, alle anderen Neußerungen des öffentlichen Lebens übertönenden Vorbereitung auf die Reichstagswahlen. Diese Strömungen schoben sich, wie bereits dargelegt, auch in das Berichtsjahr hinein. Doch ist diesen und den übrigen in der Einleitung beschriebenen Vorgängen von allgemeiner Bedeutung die nur geringfügige Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 nicht in der Hauptsache zuzuschreiben. Letztere beruht vielmehr hauptsächlich auf innergewerkschaftlichen Zwischenfällen, die nachher im einzelnen dargelegt werden. Nach dem Jahresdurchschnitt berechnet, steht der Gesamtzahl der Mitglieder von 340 957 in 1911 eine solche von 344 687 in 1912 gegenüber, was einer Steigerung um 3730 oder 1,1 Prozent gleichkommt. Geht man dagegen von der Endziffer des Jahres 1911 in Höhe von 350 574 aus, so beträgt die Zunahme, im Vergleich zu der Endziffer des Berichtsjahres mit 350 930, nur 356 Mitglieder.

Die einzelnen Verbände sind in ungleichmäßiger Weise von der Mitgliederentwicklung betroffen worden. Es gewinnen vom Jahresdurchschnitt aus gerechnet: die Bauarbeiter 3736 Mitglieder, die Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 2110, die Holzarbeiter 1818, die Metallarbeiter 1391, die Seimarbeiterinnen 1189, die Keramik- und Steinarbeiter 808, die württembergischen Eisenbahner 622, die Gasthausangestellten 564, die Maler 484, die Schneider 449, die Lederarbeiter 372, der graphische Zentralverband 368, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 308, der Gutenberg-Bund 169, die Krankenpfleger 166, die Gärtner 18, die bayerischen Eisenbahner 1. Es blühten ein: die Bergarbeiter 6600 Mitglieder, die Textilarbeiter 2494, die deutschen Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter 1253, die Tabakarbeiter 469, die Telegraphenarbeiter 27.

Im ganzen bedeuten diese Ziffern eine Stagnation und teilweise einen Rückgang einzelner größerer Verbände, während die übrigen Organisationen, gemessen an der Wirtschaftslage in 1912, eine normale Entwicklung aufweisen. Vergleicht man die Ziffern vom Jahreschluß 1912 mit denen von 1911, so haben allein die Bergarbeiter und die preussischen Eisenbahner einen Verlust von ca. 10 000 Mitgliedern aufzuweisen; dieser Verlust ist von einer Anzahl

Verbände durch Mitgliedererfolge ausgeglichen worden. Bei den Metall- und Textilarbeitern dagegen war eine Stagnation in der Mitgliederbewegung festzustellen. Eine symptomatische Bedeutung ist den hier behandelten Vorgängen im Berichtsjahr nicht beizumessen.

Der Rückgang bei den Bergarbeitern ist in der Hauptsache auf den Ruhrbergarbeiterstreik zurückzuführen. Bei solchen gewaltigen Kämpfen, bei denen das Sein oder das Nichtsein von Organisationen auf dem Spiele steht, ist eine Erschütterung des Mitgliederbestandes eine unvermeidliche Begleitererscheinung. Außerhalb des sozialdemokratischen Lagers gibt es jedenfalls nur wenig Arbeiterorganisationen in Deutschland, die solche Stürme überhaupt zu überdauern vermögen. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hat denn auch aus Anlaß des Verhaltens des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter beim Ruhrbergarbeiterstreik damit gerechnet, daß Zehntausende von Mitgliedern den christl. Gewerkschaften verloren gehen würden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Im übrigen hat nach solchen Kämpfen sich stets vorübergehend eine Organisationsmüdigkeit eingestellt. Soffentlich ist diese bei den Bergleuten bald wieder überwunden, da nirgends eine stumpfe Resignation unangebracht ist, als bei den Arbeitern des Bergbaues. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband weist in 1912 ebenfalls einen größeren Mitgliedererfolg auf.

Die rückläufige Mitgliederbewegung bei den preussischen Eisenbahnern ist auf eine bedeutende Beitragserhöhung zurückzuführen, die im Berichtsjahre vorgenommen wurde. Als 1908 der Verband der deutschen Eisenbahner gebildet wurde, glaubte man, trotz energischer Gegenvorstellungen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, einen Organisationsbeitrag von nur 20 Pfg. monatlich (ohne Unterstützungsbeiträge) festsetzen zu sollen. Die übrigen norddeutschen Eisenbahnerorganisationen erhoben teilweise einen noch niedrigeren Beitrag. Für die Leistung von angemessenen Beiträgen an gewerkschaftliche Organisationen fehlte damals in den breitesten Kreisen der Eisenbahner jedwedes Verständnis. In der Zwischenzeit ist es schon bedeutend besser geworden. Der Monatsbeitrag von 20 Pfg. wurde von der in 1912 abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes deutscher Eisenbahner radikal beseitigt und durch einen Wochenbeitrag ersetzt, der zwischen 10 und 50 Pfg. gestaffelt ist. Diese Beitragsreform ist dem Verbands nicht von Nachteil gewesen; am Schluß des ersten Quartals dieses Jahres hatte der Verband die Höchstmitgliederzahl bereits wieder überschritten, die er vor der Beitragsreform aufzuweisen hatte.

Auch bei den Metall- und Textilarbeitern ist die Mitgliederstagnation im Berichtsjahre auf Beitragserhöhungen mit zurückzuführen. Diese Verbände wurden zwar nicht wie die Eisenbahner der Beitragserhöhung halber in der Mitgliederentwicklung zurückgeworfen, aber hemmend hat sie sich immerhin vorübergehend in der Agitation bemerkbar gemacht. Die Textilindustrie hatte überhaupt in den letzten Jahren mit vielen ungünstigen Umständen zu kämpfen: teure Baumwollpreise, Stagnation in der Ausfuhr von Textilstoffen insolge verstärkten Aufkommens der Textilfabrikate vielfach von Deutschland bezogen, Wechsel der Mode, allgemeine Teuerung etc. Die engen Damenröcke und Blusen von heute erfordern eine viel geringere Stoffmenge als die Moden von ehemals, wie auch durch die allgemeine Teuerung der letzten Jahre weite Kreise in der Beschaffung von Kleidern sich sehr einschränken mußten. In der Textilindustrie konnten daher in den letzten Jahren nur in einzelnen Branchen und Bezirken eine eigentliche Hochkonjunktur festgestellt werden.

Wie im Vorjahre, so ist auch in 1912 wiederum ein Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen und zwar um insgesamt 856. In 1911 war dieses Anwachsen auffallend stark auf Seiten der Textilarbeiterinnen in Erscheinung getreten. Diesmal ist dieselbe Gruppe vom Rückgang betroffen worden, jedoch nicht stark genug, als daß nicht doch ein weiteres Anwachsen, woran in erster Linie die Heimarbeiterinnen beteiligt sind, das Schlussergebnis bildete.

Kassenverhältnisse.

Das erfreulichste Kapitel der ganzen Statistik bietet im Berichtsjahre ohne Zweifel die Gestaltung der Kassenverhältnisse. Diese legen Zeugnis davon ab, daß die Bewegung sich weiter entfaltet hat und erstarkt ist, wenn dies auch in den Mitgliederverhältnissen weniger zum Ausdruck kommt, daß somit die Grundlage, auf welcher die christlichen Gewerkschaften arbeiten, eine gesunde ist. In den Einnahmen fand eine Steigerung von 6243 642 Mark dem Gesamtbetrag für 1911, auf 6608 350 in 1912, also um 364 708 M. statt. Die Ausgaben weisen eine Verminderung von 5 299 781 M. in 1911 auf 5 222 727 M. in 1912, d. h. um 77 054 Mark, auf. Und die Vermögensbestände, die sich 1011 auf 7 082 942 M. gestellt hatten, betragen 1912 8 575 658 M., was eine Steigerung um 1 492 716 Mark = rund 1 1/2 Million bedeutet. Als Fazit: Steigerung der Einnahmen und mehr noch des Vermögens. Jedenfalls eine Finanzwirtschaft, die für sich selber spricht.

An der Hand der Tabelle 2 läßt sich

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

| Organisation | Mitgliederverhältnisse | | | | Kassenverhältnisse | | | | Daron in den Hauptkassen | |
|---|-------------------------------------|----------------|-----------------|---------------|--|--------------|----------------------------------|------------------|--------------------------|------------------|
| | Mittelbergaht im Jahresdurchschnitt | | Davon weibliche | | Mehrbegm. weniger gegenüber dem Vorjahre | | Mittgliederzahl am 31. Dez. 1912 | | | |
| | 1911 | 1912 | 1911 | 1912 | männlich | weiblich | gegenüber dem Vorjahre | 31. Dez. 1912 | | |
| Bergarbeiter | 810 | 76 988 | — | — | — | — | 77 967 | 2 297 887 | 2 274 481 | |
| Bauarbeiter | 847 | 39 955 | — | — | — | — | 44 009 | 1 200 322 | 1 021 975 | |
| Metallearbeiter | 202 | 41 253 | 794 | 757 | — | 37 | 42 263 | 1 428 090 | 1 328 752 | |
| Textilarbeiter | 298 | 42 397 | 18 544 | 12 811 | — | 788 | 39 581 | 596 107 | 758 038 | |
| Weyerische Eisenbahner | 90 | 26 784 | — | — | — | — | 26 912 | 204 198 | 1 016 681 | |
| Deutsche Eisenbahnbaw. u. -arbeiter | 285 | 22 194 | — | — | — | — | 21 159 | 75 769 | 20 265 | |
| Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter | 7 | 405 | 15 746 | 17 856 | — | 131 | 18 518 | 848 943 | 37 332 | |
| Holzarbeiter | 300 | 15 462 | 169 | 233 | — | 64 | 17 459 | 404 217 | 614 330 | |
| Reklam- und Steinarbeiter | 197 | 6 603 | 84 | 160 | — | 76 | 8 219 | 118 379 | 58 242 | |
| Feinarbeiterinnen | 74 | 6 999 | 6 999 | 8 188 | — | 1 189 | 8 494 | 44 851 | 38 628 | |
| Kabatarbeiter | 124 | 7 857 | 3 895 | 3 088 | — | 307 | 7 172 | 174 959 | 20 792 | |
| Lebendarbeiter | 136 | 5 384 | 459 | 541 | — | 82 | 5 986 | 118 600 | 88 207 | |
| Schneider | 141 | 4 293 | 266 | 399 | — | 133 | 4 818 | 100 258 | 23 249 | |
| Maler | 123 | 4 080 | 4 514 | — | — | — | 4 635 | 87 479 | 65 898 | |
| Württembergische Eisenbahner | 79 | 3 264 | 23 | 26 | — | 3 | 4 025 | 17 198 | 7 144 | |
| Telegraphenarbeiter | 90 | 3 329 | — | — | — | — | 3 492 | 44 137 | 3 514 | |
| Gutenberg-Bund | 98 | 3 070 | — | — | — | — | 3 296 | 152 685 | 621 879 | |
| Gashausangestellte | 51 | 2 209 | — | — | — | — | 3 280 | 53 635 | 22 611 | |
| Nahrung- u. Genussmittelindustriearbeiter | 45 | 2 660 | 187 | 225 | — | 38 | 2 205 | 49 649 | 23 515 | |
| Strapazierer Zentralverband | 60 | 1 625 | 216 | 360 | — | 144 | 2 174 | 47 496 | 18 132 | |
| Kranenpflieger | 27 | 1 454 | 509 | 542 | — | 33 | 1 786 | 18 607 | 37 252 | |
| Mechanische Eisenbahner | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 382 | |
| Gärtner | 40 | 801 | — | — | — | — | 791 | 14 674 | 6 555 | |
| Weinbergarbeiter | — | — | — | — | — | — | 751 | — | 4 826 | |
| Gesamt | 4 522 | 840 957 | 27 152 | 28 008 | + 2 874 | + 856 | 850 930 | 6 608 350 | 5 222 727 | 7 804 834 |

1) Die niedrigen Sätze betreffen durchweg die jugendlichen Mitgliedern, für welche vielfach auch eine niedrigere Aufnahmegebühr erhoben wird. 2) Staffelnbeitrag. 3) Monatsbeitrag einischl. Kassenbeiträge. 4) 4 Wintermonate 25, 8 Sommermonate 60 Pf. 5) Quartalsbeitrag. 6) Monatsbeitrag. 7) Wegen Mangels genauer statistischen Nachweises ist die Zahl des vorjährigen Berichtes angegeben.

der Vergleich zum Vorjahre in den einzelnen Positionen durchzuführen, wobei sich folgendes Bild ergibt:

| | Einnahmen: | |
|--|-------------|-------------|
| | 1911 Mk. | 1912 Mk. |
| Aufnahmegebühren | 52 556 | 50 866 |
| Beiträge | 5 629 651 | 5 966 965 |
| Extrabeiträge | 49 724 | 39 151 |
| Sonstige Einnahmen | 511 711 | 551 368 |
| Ausgaben: | | |
| Verbandsorgan | 496 752 | 549 973 |
| Agitation | 652 554 | 670 429 |
| Streik- und Gemäßregeltenunterstützung | 1 199 598 | 654 323 |
| Reise- u. Arbeitslosenunterstützung | 185 271 | 201 223 |
| Krankengeld | 704 319 | 761 293 |
| Sterbegeld | 211 439 | 205 083 |
| Rechtsschutz | 104 633 | 116 708 |
| Sonstige Unterstützungen | 37 685 | 57 611 |
| Gehälter | 155 119 | 170 754 |
| Verwaltungsausgaben | 237 735 | 259 936 |
| Bibliothek- u. sonstige Bildungszwecke | 62 589 | 133 267 |
| Beitrag an den Gesamtverband | 78 379 | 93 382 |
| Anteil der Totalkassen | 971 248 | 1 145 722 |
| Sonstige Ausgaben | 202 460 | 203 028 |

Sehr bemerkenswert ist in den Einnahmen die beträchtliche Steigerung auf Seiten der regelmäßigen Beiträge, die das über die Mitglieder-Verhältnisse Gesagte in vollem Maße bestätigt. Fast 340 000 Mk. konnten auf diesem Konto mehr gebucht werden. Die übrigen Posten unter dieser Rubrik hielten sich nahezu die Wage in den beiden Vergleichsjahren. Auf der Seite der Ausgaben erklärt sich das Anwachsen der einzelnen Unterstützungsarten teilweise aus der natürlichen Zunahme der Unterstützungsberechtigten. Im Handwerk stellte das Dorniederlegen der Geschäftslage größere Ansprüche an die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung. Von größerer Arbeitslosigkeit als in den Vorjahren berichten namentlich die Holzarbeiter. Einen scharfen Rückgang verzeichnet das Konto der Streik- und Gemäßregeltenunterstützung und zwar als natürliche Folge des Fehlens lang andauernder, nicht friedlicher Lohnbewegungen. Im Bericht für 1911 waren mit dem bloßen Hinweis, daß allein vier Verbände rund 1 Million für Streik- und Gemäßregeltenunterstützung ausgegeben hatten, die damals sich am lautesten gehärdenden Schreier über das „römische Streikverbot für die Christlichen“ wirksam abgetan worden.

Auch die mehr als 650 000 Mk. Streikunterstützung im Berichtsjahre werden wohl kaum die Schreier wieder auf die Bildfläche rufen, zumal angesichts der weiter unten gemachten Angaben über die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks.

Die Gesamtzahl der Unterstützungen außer der Streik- und Gemäßregeltenunterstützung ist wiederum um fast 100 000 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen, ein Beweis dafür, wie die Beiträge in stets steigendem Maße den Mitgliedern in laufender direkter Unterstützung wieder zugute kommen. Seit dem Jahre 1905 bietet das gegenseitige Verhältnis der beiden Hauptabteilungen des Unterstützungswesens folgendes Bild:

Tabelle 2.

Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände.

| Organisation | Einnahmen | | | | Ausgaben | | | | | | | | | | Sonnige Ausgaben | | | |
|---|-----------|---------------|--------------------|---------------|------------|---------------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------|------------|--------------|--------------------------|----------|---------------------|------------------|--------------------------------|------------------------------|------------------------|
| | Beiträge | Extrabeiträge | Sonstige Einnahmen | Verbandsorgan | Mitglition | Streik- u. Gemäßregeltenunterstützung | Reise- u. Arbeitslosenunterstützung | Streik- u. Gemäßregeltenunterstützung | Strenkten- geld | Sterbegeld | Rechtsschutz | Sonstige Unterstützungen | Gehälter | Verwaltungsausgaben | | Stillehalten u. Bildungszwecke | Beitrag an den Gesamtverband | Anteil der Totalkassen |
| Bergarbeiter | 9 088 | — | 132 650 | 114 103 | 120 117 | 63 782 | 1 896 | 194 978 | 72 750 | 80 411 | — | — | 31 624 | 26 126 | 88832 | 25 110 | 184 727 | 9 391 |
| Bauarbeiter | 10 425 | 5 | 65 193 | 71 445 | 137 593 | 43 215 | — | 50 187 | 13 398 | 6 431 | 2 012 | — | 22 204 | 23 118 | 3 943 | 14 273 | 264 285 | 13 575 |
| Metallarbeiter | 7 865 | 10 851 | 74 862 | 59 017 | 55 793 | 122 864 | 53 619 | 132 341 | 5 274 | 4 980 | 3 699 | 3 699 | 24 508 | 26 648 | 7 605 | 13 303 | 325 732 | 28 071 |
| Textilarbeiter | 2 386 | 776 | 24 878 | 78 939 | 122 464 | 57 919 | 44 577 | 91 981 | 13 796 | 618 | 1 152 | 1 152 | 17 145 | 25 695 | 12 247 | 11 294 | 99 755 | 18 525 |
| Papierische Eisenbahner | 943 | — | 71 449 | 44 838 | 10 990 | — | — | 18 977 | 76 885 | 6 532 | 6 970 | 6 970 | 7 890 | 6 645 | 1 120 | 900 | 17 386 | 5 120 |
| Deutsche Eisenbahnhändm. u. -arbeiter | 4 240 | 221 | 4 493 | 22 307 | 10 269 | — | — | — | 3 131 | 2 136 | — | — | 4 954 | 11 583 | 1 728 | 1 630 | 7 106 | 8 705 |
| Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter | 3 230 | — | 7 368 | 34 359 | 38 497 | 42 631 | 4 501 | 39 450 | 4 775 | 8 998 | 2 441 | 2 441 | 10 156 | 17 111 | 2 727 | 5 452 | 98 580 | 34 573 |
| Holzarbeiter | 2 018 | 2 387 | 66 819 | 25 990 | 40 227 | 71 117 | 43 606 | 72 108 | 4 068 | 1 168 | 9 710 | 6 945 | 6 945 | 64 156 | 6 762 | 5 447 | — | 52 918 |
| Porzellan- und Steinarbeiter | 1 806 | 5 566 | 1 254 | 10 597 | 32 185 | 25 905 | 3 214 | 9 774 | 1 876 | 1 215 | 868 | 868 | 3 700 | 7 907 | 1 831 | 2 370 | 13 126 | 4 311 |
| Porzellan- und Steinarbeiterinnen | 1 715 | 1 603 | 38 416 | 12 297 | 13 572 | 708 | 10 077 | 14 867 | 1 055 | 632 | 2 057 | 2 057 | 4 872 | 6 344 | 1 192 | 2 406 | 13 246 | 1 577 |
| Labdarbeiter | 958 | 3 892 | 5 738 | 12 297 | 18 456 | 20 527 | 10 185 | 15 161 | 1 158 | 866 | 2 821 | 4 768 | 4 768 | 7 271 | 745 | 2 077 | 26 108 | 2 719 |
| Lehrerarbeiten | 1 197 | 5 447 | 3 332 | 7 733 | 15 684 | 43 362 | 3 009 | 5 001 | 515 | 70 | 44 | 3 015 | 3 015 | 3 430 | 550 | 1 519 | 21 775 | 1 269 |
| Schneider | 2 257 | 2 387 | 4 433 | 8 595 | 10 237 | 3 590 | 2 391 | 3 536 | 470 | 308 | 1 214 | 3 790 | 3 790 | 5 040 | 1 270 | 1 272 | 29 782 | 1 275 |
| Maier | 41 | 6 722 | 335 | 4 773 | 4 210 | — | — | — | — | 1 119 | 700 | 850 | 850 | 1 401 | — | 412 | — | 255 |
| Württembergische Eisenbahner | 390 | 65 | 4 104 | 3 811 | 5 319 | — | — | 17 351 | 2 325 | — | — | — | — | 3 017 | 139 | 472 | 11 860 | 2 276 |
| Telegraphenarbeiter | — | — | 21 135 | 15 761 | 8 187 | — | 19 148 | 20 974 | 1 610 | 231 | 14 653 | 8 863 | 8 863 | 3 584 | 1 715 | 1 143 | 5 695 | 6 278 |
| Strombergbau | — | — | 12 130 | 11 633 | 10 618 | 513 | — | 6 165 | 1 350 | 301 | 6 179 | 3 697 | 3 697 | 2 666 | — | — | 3 728 | 2 749 |
| Stiftungsgesellschaft | 716 | 1 257 | 1 082 | 4 565 | 7 541 | 6 137 | 1 277 | 2 862 | 142 | 220 | 199 | 3 795 | 3 795 | 2 337 | 505 | 1 034 | 5 785 | 1 509 |
| Abtrags- u. Benutzmittelinstitutarbeit. | 867 | 164 | 5 381 | 4 346 | 2 670 | 3 081 | 2 949 | 6 642 | 220 | 214 | 1 771 | 3 296 | 3 296 | 403 | — | — | 2 667 | 4 090 |
| Stratigraphischer Zentralverband | 1 006 | 40 | 3 797 | 2 724 | 1 271 | — | 1 299 | 1 015 | 150 | 26 | 112 | 2 682 | 2 682 | 2 580 | — | — | 2 374 | 288 |
| Stratigraphischer Zentralverband | 372 | — | 1 132 | 2 730 | 2 252 | 260 | 475 | 68 | — | 182 | 69 | 2 000 | 2 000 | 1 649 | — | 240 | 2 309 | 335 |
| Gärtner | 50 866 | 5 966 965 | 551 368 | 549 973 | 670 429 | 654 323 | 201 223 | 761 293 | 203 028 | 116 708 | 117 035 | 170 754 | 170 754 | 259 936 | 153 267 | 93 382 | 1 145 722 | 2 03 028 |

1) Der Betrag ist in der Summe der Beiträge enthalten. 2) Einschließlich Grundstücke und Neubau.

| Jahr | Insgesamt | Streik- und Gemah- regelten-Unterstützung | Sonstige Unterstützungen |
|------|-----------|--|-----------------------------|
| 1905 | 1 233 321 | 1 000 320 | 233 001 |
| 1906 | 1 364 105 | 853 435 | 510 670 |
| 1907 | 1 451 748 | 743 270 | 708 478 |
| 1908 | 1 401 385 | 424 992 | 976 393 |
| 1909 | 1 703 473 | 489 028 | 1 214 450 |
| 1910 | 2 393 775 | 1 239 500 | 1 154 275 |
| 1911 | 2 442 945 | 1 199 598 | 1 243 347 |
| 1912 | 1 996 236 | 654 323 | 1 341 913 |

Hinsichtlich des Beitragswesens ist die im Jahresbericht für 1911 gekennzeichnete Tendenz zur Rücksichtnahme auf die Jugendlichen noch verstärkt in Wirkung getreten. Auch in der differenzierten Festsetzung der Aufnahmegebühren kommt diese Rücksichtnahme, wie übrigens auch vielfach für die weiblichen Mitglieder, zum Ausdruck. Der Keram- und Steinarbeiterverband benutzte die durch seine Bayener Generalversammlung ausgelöste günstige Stimmung zur Propaganda für eine freiwillige Beitragserhöhung. Etwa 30 Prozent aller Mitglieder sind gegen Ende freiwillig in höhere Beitragsklassen übergegangen, was allerdings in den Ziffern des Berichtsjahres erst zu einem geringen Teil zur Geltung kommt.

Solidarität!

Mit dem Worte Solidarität im weiten Sinne bezeichnen wir die Notwendigkeit, mit der die Menschen und verschiedenen Stände miteinander und füreinander arbeiten müssen. Ohne die Solidarität der wirtschaftlichen Interessen wäre es es nicht möglich, den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Neben dieser allgemeinen Solidarität gibt es noch eine besondere, die die Angehörigen eines bestimmten Berufes, eines Gewerbes und eines Standes umfassen soll. Ohne dieses ausgeprägte Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Angehörigen eines Standes usw. ist in der heutigen Zeit, wo die Interessen scharfer wie ehedem aufeinanderplätzen, die Gefahr vorhanden, daß sowohl der Einzelne, wie auch die Gesamtheit von den Gegnern erdrückt wird. In richtiger Erkenntnis dieser Gefahren hat sogar die deutsche Gesetzgebung sich nicht damit begnügt, allgemeine Rechtsnormen aufzustellen, die die wirtschaftliche Solidarität der Gesamtheit sichern, sondern die den Angehörigen verschiedener Stände das Recht geben, mit Zwangsmitteln die Standesolidarität aufrecht zu erhalten. Man denke hier nur an die weitgehenden Rechte der Ärzte- und Anwaltskammern, der Zwangsinnungen der Handwerksmeister usw.

Für die Angehörigen der unteren Stände: Angestellte, Arbeiter usw. besteht heute keine Möglichkeit, die Standesolidarität, unter Umständen mit gesetzlichen Zwangsmitteln aufrecht zu erhalten. Vielmehr erwecken eine Reihe sich fast tagtäglich wiederholender Vorkommnisse den Anschein, als wenn es erste Aufgabe der Staatsgewalt sei, den Begriff der Solidarität im Arbeiterstande nicht aufkommen zu lassen. Anders sind die Versuche der Scharfmacher, nach Einschränkung des Koalitionsrechts nicht aufzufassen. Auch die vielfach mehr wie harten Bestrafungen auf Grund des § 153 der Reichsgewerbeordnung sind in der gleichen Weise zu bewerten.

Um so mehr muß es das Bestreben der Angestellten und Arbeiter sein, auch ohne jeden gesetzlichen und moralischen Zwang die Standes- und Berufssolidarität zu üben. Leider will ein großer Teil von diesem Zusammengehörigkeitsgefühl nichts wissen. Wie viele stehen auf dem Standpunkte, daß, wenn Verbesserungen durch gewerkschaftliche Organisationen errungen werden, auch sie derselben teilhaftig werden. Sie glauben dann noch, die Opfer „gespart“ zu haben, die die andern bringen mußten. Zum Teil nehmen sie diese Stel-

lung ein aus Unkenntnis, während ein anderer Teil, in vollem Bewußtsein ihres charakterlosen Handelns, schmunzelnd das annimmt, was andere erkämpft und erstritten haben. Letztere befehlen zu wollen, ist in der Regel vergebliche Arbeit. Am besten überläßt man sie ihrem Schicksal, aber auch dann, wenn sie selbst in die Lage versetzt sind, die Solidarität in Anspruch nehmen zu müssen. Ersteren dagegen muß die notwendige Aufklärung gegeben werden. Sie scheinen nicht zu wissen, daß die Gewerkschaftsbewegung auch eine Standesbewegung ist. Wir müssen ihnen zeigen, daß die Gewerkschaften nicht nur notwendig sind, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, sondern daß der Arbeiter durch dieselben in die Lage versetzt wird, seinem Stande noch außen hin Ansehen und Anerkennung zu verschaffen. Wir müssen diese Arbeiter an der Ehre anfasseln, indem wir auf die untergeordnete Stellung hinweisen, die der Arbeiterstand trotz seiner großen Zahl, die er umfaßt, in der Gesellschaft noch einnimmt.

Mit welchem Wohlwollen und Eifer wird nicht den Eingaben und Wünschen der übrigen Stände in den meisten Stadtparlamenten Rechnung getragen, während die Arbeiterforderungen kaum erwähnt werden. Man zeige ihnen, wie bei den Eingemeindungsverträgen und bei den Uebergabeverträgen der Straßenbahnen die Gehalts- und Dienstverträge der Beamten geregelt, dagegen die der Arbeiter kaum erwähnt werden. Wir müssen sie fragen, ob sie diese Zurücksetzung nicht fühlen, und wenn sie diese Frage bejahen, müssen wir ihnen nachdrücklich zeigen, daß sie durch ihr Fernbleiben von der Organisation durch ihre kleinliche Handlungsweise mitschuldige sind an diesen Zuständen. Wenn sie dann noch ein Fünkchen von Ehr- und Zusammengehörigkeitsgefühl besitzen, werden auch sie das Ungehörige ihrer Handlungsweise einsehen und daraus die Konsequenzen ziehen.

Die Volksversicherung.

II.

Die sozialdemokratische Volksfürsorge.

Auf der im vorherigen Abschnitt erwähnten Gesamtsituation, wie sie im privatkapitalistischen Lager hinsichtlich der Volksversicherung anzutreffen ist, baut die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ auf. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratisch regierte „Zentralverband der Konsum- und Produktivgenossenschaften (Sitz Hamburg)“, haben eine Aktiengesellschaft gebildet und wollen die Volksversicherung selbst betreiben. Bereits am 1. Juli ds. Js. ist die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ in Betrieb gesetzt worden.

Die rote „Volksfürsorge“ will angeblich in „absolut neutraler und gemeinnütziger Weise“ Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Lebensfall, Kinder- und Sparversicherungen, sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung übernehmen. Selbstverständlich setzt die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Sozialdemokratie diese „Volksfürsorge“ nicht ins Wert um ihrer selbst willen. Der Sozialist v. Elm, der Leiter derselben, hält denn auch über den wahren Zweck der roten „Volksfürsorge“ nicht hinter dem Berge, er sagt u. a.: „Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun sie das nicht nur, um sie zu verbilligen, sondern auch, um ihre Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu verschaffen.“ Das heißt, um die sozialdemokratischen Ideen überall dorthin zu tragen, wo sie bislang nur schwer oder gar nicht vordringen konnten.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist denn auch ein Organisationsplan mit den „freien“ Gewerkschaften und dem soz. Zentralverband Deutscher Konsumvereine vereinbart worden, der zugleich an Innigkeit und Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Er lautet wie folgt:

1. „Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt.“

2. „Nach Möglichkeit haben deshalb die Einkassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Einkassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierzu festgesetzte Entschädigung zusteht.“

3. „Sobald die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Untereinkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Berufen gegliederten Organisation nicht erfaßten Versicherten vom Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Inkasso bei diesen Versicherten besorgen.“

4. „Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauensmännern zu stellen.“

Wir konstatieren also: 1. Die gesamte Sozialdemokratie mit all ihren Funktionären stellt sich in den Dienst der „Volksfürsorge“. Denn auch die Presse und Organe der politischen Sozialdemokratie kämpfen seit Monaten für das Unternehmen. 2. Die Agenten der „Volksfürsorge“ sind keine anderen als die Vertrauensmänner und Agitatoren der Sozialdemokratie. 3. Für jene Volkskreise, die für die Gewerkschaft beruflich nicht in Betracht kommen, bestellt das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell besondere Vertrauenspersonen. 4. In Orten und Bezirken — wie z. B. auf dem Lande — wo die Sozialdemokratie organisatorisch keinen Boden hat, wird eine besondere (sozialdemokratische) „Volksfürsorge“-Organisation geschaffen.

Die Sozialdemokraten wollen ein Dreifaches mit ihrer „Volksfürsorge“ erreichen: 1) Auf die Kreise der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zunächst materiell und später dann auch ideell Einfluß zu gewinnen, an die sie bisher weder durch die Partei noch durch die „freie“ Gewerkschaft, oder vermittelt der Genossenschaft herankommen konnten; sie denken dabei wohl hauptsächlich an die ländlichen und gut national und christlich gesinnten Bezirke. 2) wollen sie durch die „Volksfürsorge“ große Kapitalien gewinnen für die vielseitigsten Zwecke; 3) soll denn natürlich auch den privatkapitalistischen Gesellschaften mit der roten „Volksversicherung“ Abbruch getan und eine billigere Volksversicherung geschaffen werden.

Die Gefahr, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch die rote „Volksfürsorge“ droht, ist nicht zu unterschätzen. Wie schon angedeutet, wird die „Volksfürsorge“ für die Sozialdemokraten ein geeignetes Mittel sein, um auch an die Frauen und Kinder, sowie die ländliche Bevölkerung heranzukommen. Die Sozialdemokratie will durch die „Volksfürsorge“ schon den natürlichen Nachwuchs, die Kinder, möglichst zeit lebens durch eine, den sozialdemokratischen Zwecken dienstbare Wohlfahrtsanstalt an sich fesseln. Nahezu 50 000 sozialdemokratische Agenten, die meistens zugleich auch die Einkassierer und Vertrauensmänner der „freien“ Gewerkschaften oder der sozialistischen Konsumvereine sind, werden bereits auf unser Volk losgelassen, um in die entlegensten Dörfer und Städtchen den Samen des Sozialismus in die Arbeiterhäuser und bei den kleinen Besitzern auszustreuen. Dasselbe geschieht natürlich ebenso in den Industrieorten. Der Erfolg für die sozialdemokratische Partei und deren „freie“ Gewerkschaften, sowie für die Konsumgenossenschaften „Hamburger (sozialdem.) Richtung“ kann gar nicht zweifelhaft sein.

Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung bedeutet die rote „Volksfürsorge“ zweifellos eine Gefahr, indem sie derselben die Entwicklungs-

möglichkeiten in Arbeiterkreisen, die gegenwärtig noch eine christlich-nationale Gesinnung aufweisen und insbesondere auch in ländlichen Bezirken, zu unterbinden geeignet und bestrebt ist.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst sind durch die rote „Volksfürsorge“ nicht gefährdet, denn diese werden rechtzeitig aufgeklärt und kennen daher die Schliche der Sozialdemokraten zu genau, um darauf überhaupt hereinzufallen. Wohl aber können leicht die Leute, die für die christlichen Gewerkschaften als zukünftige Mitglieder in Frage kommen, von den Sozialdemokraten mit ihren Schlagworten „neutral“ und „frei“ dupiert und eingefangen werden. Insbesondere wird es den sozialdemokratischen Agenten in vielen Fällen ein Leichtes sein, die Arbeiterfrauen und die Frauen der sonstigen kleinen Leute für die „Volksfürsorge“ zu ködern.

Ferner gewinnen die Sozialdemokraten mit ihrem „Dreibund“, wie sie selbst ihre drei Hauptorganisationen nennen, also mit der roten Partei, der „freien“ Gewerkschaft und den Genossenschaften, verbunden mit der „Volksfürsorge“, eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Sie stärken ihren Einfluß auf unser Wirtschaftsleben, auf die Unternehmer und die Geldinstitute in ganz eminenten Weise. Der Mesonanzboden für die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird aber dadurch sicherlich zurückgedrängt und kleiner.

Diese Gesamtsituation macht es unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Pflicht, die Augen offen zu halten. Wir sind eine junge Bewegung, und haben alle Ursache, unsere verfügbaren Kräfte in erster Linie auf die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu verwenden, damit wir möglichst überall vertreten sind und die christlichen Arbeiter beim Abschluß von Lohn- und Arbeitstarifen von den Sozialdemokraten nirgends ausgeschaltet werden können. Werfen wir uns nun ebenfalls mit voller Kraft auf das Gebiet der Volksversicherung, so ist sehr gut denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß der Gewerkschaftsgedanke mehr in den Hintergrund tritt und diese Bewegung dadurch gehemmt wird.

Eine junge Bewegung hat naturgemäß viel weniger einen Ueberfluß an agitatorisch tätigen Kräften, als die ältere sozialdemokratische Bewegung. Ruhig zusehen können wir der Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Volksversicherung jedoch keinesfalls!

(Fortf. folgt.)

Aus unseren Berufen.

Zur Pensionsfrage der Angestellten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen in Köln. Für die Angestellten und Arbeiter der städtischen Werke und Betriebe ist seitens der Stadtverwaltung eine Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung geschaffen. Nach den Bestimmungen soll nach zehnjähriger Dienstzeit eine Invalidenrente von 20 Prozent des Lohnes, steigend mit jedem weiteren Dienstjahr um einhalb Prozent bis zum Höchststake von 65 Prozent gewährt werden. Für die Witwen und Waisen sind entsprechend niedrige Sätze vorgesehen.

So anerkanntenswert die Einrichtung auch ist, eine hinreichende Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen kann sie aber bei den heutigen Sätzen nicht bieten. Seit langer Zeit war es daher das Bestreben unserer Kollegen, die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung weiter auszubauen.

Als echte Gewerkschaftler jagten sie keinen utopistischen Zielen nach, verlegten sich auch nicht aufs Schimpfen auf die Stadtverwaltung, sondern versuchten auch hier die Selbsthilfe an erster Stelle zu setzen. Unter tätiger Mithilfe des Verbandes kam dann eine Vereinigung zustande, die sich zur Aufgabe machte, ein Stammkapital zusammen zu bringen. Der monatliche Beitrag beträgt 3.00 Mark. Dieses Kapital ist inzwischen auf 100 000 Mark angewachsen.

In letzter Zeit fanden eine Anzahl Versammlungen der Bediensteten und Arbeiter der Straßenbahnen statt, die sich mit

einer Eingabe an den Oberbürgermeister und das Stadtverordnetenkollegium beschäftigten. Nach den darin gemachten Vorschlägen soll die seitens der Stadt errichtete Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung für die städtischen Arbeiter und die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Bahnen weiter ausgebaut werden.

Um dies zu ermöglichen, schlägt die Eingabe vor, für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Bahnen einen obligatorischen Beitrag von 3.00 Mark pro Monat einzuführen. Außerdem erklärt sich die Vereinigung der Straßenbahner Kölns bereit, der Stadtverwaltung einen Fonds von rund 100 000 Mark zu übergeben. Durch Ueberweisung des Fonds und die vorgesehenen Beiträge glaubt die Vereinigung finanziellen Bedenken, die eventl. dem Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung entgegenstehen könnten, Rechnung zu tragen.

Die bisherigen Sätze der Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung sollen bestehen bleiben, und außerdem noch 30 Prozent der von den Beziehern gezahlten Beiträge als Rente gezahlt werden. Den Mitgliedern der Vereinigung sollen bei Festsetzung der Rente die bisher geleisteten Beiträge angerechnet werden.

Als Witwenrente sollen 40 Prozent, als Unterstützung für Halbwaisen 15 und für Vollwaisen 20 Prozent der Invalidenrente gewährt werden.

Erst auf Drängen unseres Verbandes ist in Köln in den letzten Jahren mehrmals eine Neuregelung der Lohnverhältnisse erfolgt, die es den Kollegen ermöglichte, einige Spargroschen, denn als solche können die Beiträge zur Pensionsvereinigung bezeichnet werden, zurückzulegen. Hoffentlich wird es auch nunmehr durch ein geschlossenes Vorgehen gelingen, die Pensionsfrage zu einer glücklichen Lösung zu bringen.

Nicht bescheidene Leute sind doch die Herren Genossen, d. h. wenn sie die Verantwortung tragen. Bei der Frankfurter Lokaleisenbahn-Aktiengesellschaft sind im Durchschnitt pro Monat 36 Dienststunden mehr zu verzeichnen, wie bei der Frankfurter Straßenbahn. Das Höchstgehalt beträgt in Frankfurt 2200 Mark, bei der Gesellschaft 1560 Mark. Unter diesen Umständen ist es leicht erklärlich, wenn die Kollegen der Lokaleisenbahn-Aktiengesellschaft versuchten, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse einzuführen. Zu dem Zwecke schlossen sie sich, wie die Tagespresse berichtete, fast vollzählig dem roten Transportarbeiterverbande an. Anscheinend versuchte dieser Verband auch eine ernsthafte Bewegung durchzuführen. Inzwischen hat er aber anscheinend Angst vor seiner eigenen Courage bekommen.

Denn die Tagespresse berichtet in den letzten Tagen wie folgt:

„Die Lohnunterschiede zwischen den organisierten Wagenführern und Schaffnern der hiesigen Straßenbahn und der Lokalbahn-Aktiengesellschaft sind nach mehrstündigen Verhandlungen auf gutlichem Wege beigelegt worden. Die Direktion verspricht, die Wünsche der Angestellten einer im Herbst stattfindenden Generalversammlung wohlwollend zu unterbreiten.“

Also im nächsten Herbst, wenn der Winter vor der Tür steht, die Gesellschaft eine Reihe Leute entbehren kann, sollen die Wünsche der Kollegen der Generalversammlung wohlwollend unterbreitet werden. Aber was dann, wenn die Generalversammlung der Ansicht ist, daß die bisherigen Lohnverhältnisse „angemessen“, „den Verhältnissen entsprechende“ sind. Nun, dann wird der rote Transportarbeiterverband schon den Dreh finden. Wenns anders nicht geht, dann tröstet man die Kollegen mit dem Endziel „Verantwortung der Produktionsmittel, Zukunftsstaat“, dem doch der rote Verband zustrebt. Wie in Berlin so auch

jetzt in Frankfurt eine gründliche Niederlage des großen Transportarbeiterverbandes.

Welches Scheul über Arbeiterverrat und Unfähigkeit der Führer würde der rote „Straßenbahner“ anstimmen, wenn es sich bei diesen Lohnbewegungen nicht um seine eigene, sondern um andere Organisationen handelte.

Eine weitere Meldung besagt, daß die Direktion eine Lohnerhöhung von 5 Mark bewilligt habe, nachdem die ersten Persönlichkeiten der Stadt Frankfurt mit der Direktion Traktur geredet haben.

Eine den wirklichen Verhältnissen entsprechende Stellung nahm eine Vorsitzender des Kölner Schöffengerichts ein. Ein Kollege war der fahrlässigen Transportgefährdung angeklagt. Er hatte einen vor ihm fahrenden Wagen angefahren. Der Kutscher des Wagens war erst rechts ausgehoben und hatte, als der Straßenbahnwagen vorüberfahren wollte, wieder nach links gehalten. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Der Vorsitzende betonte, der Beruf der Straßenbahnfahrer sei ein so verantwortungsreicher, daß man, wenn einmal in kleiner Unfall passiere, nicht den Maßstab so scharf anlegen dürfe.

Zu wünschen wäre, wenn sämtliche Richter immer eine derart verständnisvolle Stellung einnehmen würden. Der Rechtspflege dürfte dieses nichts schaden.

Im Betriebe der Düsseldorfer Straßenbahn waren im Jahre 1912 nicht weniger wie 955 Zusammenstöße zu verzeichnen. Soweit die gerichtlichen Verhandlungen ergaben, traf die Schuld 7 mal den Wagenführer, in 307 Fällen blieb die Schuldfrage unentschieden, während in 250 Fällen unglückliche Zufälle die Ursache bilden sollen. Gegenüber dem Vorjahre, war eine Steigerung um 302, von 653 auf 955 zu verzeichnen. Dieses Mehr steht in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Zahl der geleisteten Wagenkilometer.

Wie oft bei den Zusammenstößen der Mangel oder das Nichtfunktionieren der Apparate die Schuld trägt, wird nicht gesagt. Jedenfalls dürfte es sich empfehlen, wenn die Verwaltung mehr wie bisher versuchen würde, sich einen seghafteren Angestelltenstand zu sichern. Doch mit Entlassungen aus kleinlichen Gründen, wie es vielfach in letzter Zeit geschehen sollte, wird die Verwaltung diesen Zweck nicht erreichen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Bonn hat kürzlich dem Vorschlage der Verwaltung zugestimmt, für die städtischen Arbeiter Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung einzuführen. Wir haben darüber in Nr. 14 unseres Organs berichtet. Jetzt ist man im Straßenbahnbetrieb auch bereits zu einer Lohnvorlage geschritten. Danach sollen die Anfangslöhne der Schaffner um zwei Mark, der Führer um drei Mark pro Monat erhöht werden. Die Höchstlöhne der Schaffner und Führer sollen um je fünf Mark erhöht werden. Da die Schaffner ebenfalls vom 11. Dienstjahr ab um drei Mark steigen sollen, würden sie in Zukunft ihren Höchstlohn in 20 Dienstjahren erreichen, statt wie bisher in 25 Jahren. Hoffentlich gelingt es aber den vereinten Bemühungen des Verbandes und des Arbeiterausschusses noch eine weitere Aufbesserung für die Schaffner zu erzielen. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum sich der Lohnunterschied zwischen Schaffnern und Führern, der beim Anfangslohn 14 Mark beträgt, im Laufe der ersten zehn Dienstjahre auf 24 Mark pro Monat vergrößern soll. Da alle Führer damit rechnen, später Schaffner zu werden, liegt es auch in deren Interesse, wenn es gelingt, diese Ungleichheit zu beseitigen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung für städtische Angestellte und Arbeiter war Gegenstand der Beratung der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 8. Juli in Elberfeld. Seitens der Arbeiterausschüsse, wie auch der beteiligten Organisationen war beantragt, die

bisherigen grundsätzlichen Bestimmungen dahin zu ändern, daß in Zukunft ein Rechtsanspruch auf die Renten gegeben und die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gewährten Renten nur noch zur Hälfte aufgerechnet werden sollten. Die Verwaltung widersprach diesen Anträgen und wollte es bei den bisherigen Bestimmungen belassen, nach denen kein Rechtsanspruch gewährt und die volle Invalidenrente aufgerechnet wird. Begründet wurde diese Stellungnahme mit dem Hinweis darauf, daß bei Annahme der Anträge die städtischen Beamten schlechter gestellt wären, wie die Arbeiter, da für beide der gleiche Prozentsatz an Rente gewährt würde. Auch lägen hier rechtliche Bedenken vor. Nach der Reichsversicherungsordnung würde der Versicherungszwang wegfallen, wenn den Arbeitern der Anspruch auf Ruhegeld gewährleistet würde. Ob aber lediglich die Gewährung eines Rechtsanspruches als eine Gewährleistung auf Ruhegeld usw. im Sinne des Gesetzes zu erachten wäre, sei zweifelhaft, da die Angestellten und Arbeiter doch jederzeit mit 14-tägiger Kündigung entlassen werden könnten oder selbst das Arbeitsverhältnis lösen und damit der Anspruch auf Ruhegeld usw. falle. Die Einwendungen der Verwaltung sind nicht stichhaltig, wenn sie auch rein äußerlich den Anschein der Berechtigung erwecken. Der Zweck der Versorgung soll doch sein, die invaliden Arbeiter oder die Hinterbliebenen der verstorbenen Arbeiter vor dem Zwange, die öffentliche oder private Armenpflege in Anspruch zu nehmen, zu bewahren. Dieser Zweck wird aber nicht erreicht, wenn ein Arbeiter nach zwanzigjähriger Dienstzeit $\frac{25}{100}$ seines Lohnes als Rente erhält. Diese beträgt bei einem Höchstlohn von 4.20 Mark für ungelernete Arbeiter pro Monat 13.50 Mark, wovon unmöglich auch nur zwei Personen leben können. Bei den Beamten dagegen ist in der Regel mit ganz anderen Beträgen zu rechnen.

Die rechtliche Seite der Frage kann unerörtert bleiben. Wenn der gewährte Rechtsanspruch im Sinne der Reichsversicherungsordnung von dem Versicherungszwang entbindet, dann kann die staatliche Versicherung als freiwillige fortgesetzt werden.

Der Stadtverwaltung steht es doch vollkommen frei, im Arbeitsvertrag die Bestimmungen aufzunehmen, daß alle Angestellten und Arbeiter, deren Versicherungspflicht zweifelhaft ist, der Versicherung angehören müssen. Fragend eine praktische Frage entsteht für den Versicherten nicht, ob er der staatlichen Versicherung als freiwilliges oder Zwangsglied angehört. Die gestellten Anträge wurden mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Also auch in Zukunft werden diejenigen Ehefrauen der städtischen Arbeiter, die ihre Invalidenversicherung freiwillig fortsetzen, und sich dadurch eine höhere Rente sichern, für diese ihre Opferwilligkeit mit dem Abzug dieser höheren Rente seitens der Stadt bestraft.

Nur einigen kleinen Verbesserungen wurde zugestimmt. Bisher sollten Unterbrechungen infolge Krankheit und Erfüllung der Militärpflichten, sofern sie drei Monate nicht überschreiten, nicht als solche erachtet werden. In Zukunft werden diese Unterbrechungen ohne Rücksicht auf ihre Dauer unberücksichtigt bleiben. Ein weiterer Fortschritt ist in der Neuordnung enthalten, daß der volle Verdienst inkl. Überstunden usw. bei der Berechnung der Rente zugrunde gelegt wird, während bisher nur der 300 fache Betrag des Tageslohnes oder der 52 fache des Wochenlohnes oder der 12 fache des Monatslohnes zur Grundlage genommen wurde.

Wenn seitens derjenigen Stadtverordneten, die doch auf Grund ihrer Stellung im privaten und politischen Leben über besondere Kenntnisse der sozialen Verhältnisse verfügen sollten, die Sache der Arbeiter geschickter vertreten hätten, wäre ohne Zweifel den Anträgen die Genehmigung nicht versagt geblieben.

Die Arbeitslosigkeit in München nimmt allmählich Formen an, wie man sie sonst nur zur Zeit der Krise in den Wintermonaten anzutreffen ist. Es ist bezeichnend für die Sozialpolitik der Haupt- und Residenzstadt München, daß sie selbst, anstatt mit allen Mitteln darauf zu drängen, Arbeitsgelegenheiten bereit zu stellen, in den letzten Wochen eine große Anzahl städtischer Arbeiter, die bis zu 7 Jahren bei der Stadtgemeinde beschäftigt waren, entlassen hat. Nun endlich hat sie sich bereit gefunden, Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen. Am Dienstag, den 15. Juli nahm der Magistrat folgenden Vorschlag der sozialen Kommission an:

1. sollen alle Arbeiten, für die Mittel genehmigt sind, und deren alsbaldige Ausführung tunlich erscheint, sofort in Angriff genommen werden;

2. für Arbeiten, für welche Mittel noch nicht genehmigt sind, deren alsbaldige Ausführung in Berücksichtigung der bestehenden großen Arbeitslosigkeit geboten wird, indes wirtschaftlich rechtfertigen läßt, sollen die Mittel von beiden Kollegien erbeten werden; nach deren Bewilligung soll mit der Ausführung auch dieser Arbeiten unverzüglich begonnen werden;

3. soll an das Verkehrsministerium eine schriftliche, durch eine Abordnung beider Kollegien zu unterstützender Eingabe gerichtet werden, in welcher unter Hinweis auf die bestehende große Arbeitslosigkeit gebeten wird, daß die Umbauten für den Münchener Hauptbahnhof, für welche der Landtag seinerzeit bedeutende Mittel genehmigt hat und deren Ausführung bisher nur in sehr geringem Maße aufgenommen wurde, in dem durch die bestehende große Notlage gebotenen größeren Umfang sogleich in Angriff genommen werden. Weiterhin soll eine in gleicher Weise zu unterstützende Eingabe an das Ministerium des Innern und an das Kriegsministerium gerichtet werden zwecks Bereitstellung beschleunigter Arbeitsgelegenheit, an das Kriegsministerium speziell mit Rücksicht auf die infolge der Bewilligung der Wehrvorlage in Aussicht stehenden notwendigen Kasernenerweiterungs- und Neubauten. Endlich soll an das Gesamtstaatsministerium eine Eingabe gerichtet werden, daß auch im Geschäftsbereich der übrigen Ministerien sich Arbeitsgelegenheit bieten kann.

Bei den durch die Stadt vergebenen Arbeiten sollen in erster Linie städtische Arbeiter berücksichtigt werden und Arbeiter, die hier heimatsberechtigt sind oder das Bürgerrecht hier haben. Das Stadtbauamt wird angewiesen, für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen die geeigneten Schritte zu treffen.

Wäre dieser Beschluß schon vor zwei Monaten gefaßt und sofort in die Tat umgesetzt worden, hätte mancher Kollege weiter beschäftigt werden können.

Diese Vorkommnisse zeigen aber den städtischen Arbeitern zur Genüge, wie es oft mit der Lebensstellung in den städtischen Betrieben aussieht. Nur eine feste Organisation, die alle Arbeiter umfaßt und eine rege Beteiligung der Kollegen am kommunalpolitischen Leben wird für die Zukunft derartige Vorkommnisse verhindern können.

Eine Neuordnung der Lohnverhältnisse, der Arbeitsordnung und der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung fordern unsere Würzburger Kollegen in einer Eingabe, die dem Magistrat und dem Gemeindefeuerbeständigen-Kollegium zugegangen ist.

In ausführlicher Weise wird in der Eingabe nachgewiesen, daß die bisherigen Bedingungen zur Aufnahme in die Versorgungskasse den Zweck der Kasse in Frage stelle. Einem Teil der Angestellten und Arbeiter sei der Eintritt verwehrt, obschon sie bereits 10 bis 15 Jahren in städtischen Diensten sich befinden. Ebenso soll der Verdienst aus Überstunden, Lohnzuschlägen oder in Form von Naturalverpflegungen und Dienstwohnungen bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden.

Im zweiten Teil wird eine Erhöhung der Anfangslöhne und eine Neuordnung der Lohnsteigerungen, der Entfernungszulagen, sowie der Ansprüche der Arbeiter auf Grund des Paragraphen 616 des B. G. B. ausführlich begründet.

Bei der regen Tätigkeit der Würzburger städtischen Arbeiter und Straßenbahner in der gewerkschaftlichen Organi-

sation, besteht die bestimmte Aussicht, daß die Kollegien des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten den Wünschen der Kollegen Rechnung tragen.

Die Werbearbeit für den Verband

darf nicht ruhen; sie muß stets und unablässig betrieben werden. Der Gedanke, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen und erhalten werden können, muß jedem Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen. Es ist aber auch leicht einzusehen, daß die Organisation um so besser ihre Aufgabe erfüllen kann, je größer ihre Mitgliederzahl ist und je stärker ihre Kassenverhältnisse sind. Schon aus diesen Gründen ist die Stärkung des Verbandes im Interesse jedes Mitgliedes gelegen. Darum sollte jeder von uns alles daran setzen, dem Verbande stets neue Mitglieder zuzuführen. Die Stärke des Verbandes ist unsere eigene Stärke.

Das sollten namentlich die christlichen Gemeindeglieder und Straßenbahner beherzigen. Denn der Verband will ihre Rechte und Interessen wahrnehmen gegenüber den Arbeitgebern: den Gemeinde-, Kreis-, Provinz-Verwaltungen, den Straßenbahndirektionen usw. Aber auch gegenüber den Angriffen und Machtgelüsten der gegnerischen Organisationen. Nicht im Kampfe mit den übrigen Ständen, sondern im Bewußtsein der Gleichberechtigung aller Stände, nicht unter Verleugnung unserer religiösen und politischen Überzeugung, sondern unter voller Wahrung derselben wollen wir uns bessere Daseinsbedingungen verschaffen.

Aus den Ortsgruppen.

Trier. Da die Löhne der städtischen Arbeiter nach Ansicht der Stadtverwaltung bezw. der zuständigen Kommissionen auszeichnend sind, so hat man die Eingabe der Arbeiter nicht berücksichtigt. Nur für einige besondere Arbeiten sollen Zulagen gezahlt und eventl. erhöht werden. Ebenfalls soll dem Wunsche nach Errichtung von Arbeiterausschüssen entsprochen werden. Im Elektrizitätswerk ist das bereits geschehen, in den übrigen Betrieben aber noch nicht. Es ist klar, daß sich die Arbeiterschaft mit einer solchen Antwort nicht beruhigen kann und daher auf Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche dringt. Das kam auch in den beiden Versammlungen klar zum Ausdruck, die am Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. Juli stattfanden. In beiden Versammlungen, in denen Kollege Debenbach referierte, wurde darauf hingewiesen, daß auch die Trierer Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht die Verteuerung der Lebensmittel festgestellt habe. Da heißt es: „... Die Preise für Kaffee waren andauernd hoch; die Ausfichten auf einen Rückgang auf ihren gewöhnlichen Stand sind eintrüben noch sehr gering. Auch alle übrigen Lebens- und Genussmittel, besonders Reis, Süßfrüchte, Mühlenprodukte und Mehlwaren, sowie Südfrüchte und Öle bewegten sich fortgesetzt in hohen Preislagen. Aber auch die Fleischpreise sind andauernd hoch, ebenso die Steuern (195 Prozent Einkommensteuer) und ebenso die Mietpreise. Im Baugewerbe und Malergewerbe seien bereits Tarifverträge mit bedeutenden Lohnaufbesserungen neu abgeschlossen worden. Im Holzgewerbe werde das Gleiche zurzeit angestrebt. Die Löhne der städtischen Arbeiter ständen dahinter weit zurück. Eine Aufbesserung sei daher dringend geboten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Resolution.

Die heutige Versammlung gibt ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck über die ablehnende Stellungnahme der Stadtverwaltung gegenüber der Lohneingabe der städtischen Arbeiterschaft. Sie hält nach wie vor an ihren Anträgen fest, da sie diese für durchaus gerechtfertigt hält. Die Trierer Handelskammer stellt in ihrem letzten Jahresbericht die auch von uns konstatierte Preissteigerung aller Lebensmittel fest. Angesichts dessen können die gegenwärtigen Löhne der städtischen Arbeiter durchaus nicht als ausreichend bezeichnet werden, denn ein großer Teil hat kaum 3 Mark zur Bestreitung des täglichen Lebensunterhaltes, während andere nur durch überlange Arbeitszeit höhere Löhne beziehen. Im Trierer Bau- und Malergewerbe sind kürzlich Tarifverträge auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen worden. Dadurch erhalten Tausende von Arbeitern dank ihrer strengen Organisation und der Einsicht der Arbeitgeber wesentliche Lohnaufbesserungen bis zu 50 Pfg. pro Tag. Im Holzgewerbe dürfte bald das Gleiche zu verzeichnen

sein. Da sollten doch auch die Stadtverwaltung und Vertretung der gleichen Einsicht sich nicht länger verschließen. Auch die übrigen, in der Eingabe gestellten Anträge beziehen sich auf Forderungen, die dringend zu erledigen sind, wenn die städtischen Betriebe wirklich Musterbetriebe sein sollen. Dazu gehört insbesondere auch die baldige Errichtung von Arbeiterausschüssen. Die Versammlung richtet daher nochmals die dringende Bitte an die Stadtverwaltung und Stadtverordneten, den gestellten Anträgen der städtischen Arbeiter baldigst entsprechen zu wollen. Sie fordert alle städtischen Arbeiter auf, sich unverzüglich dem Zentralverband der Gemeindeglieder und Straßenbahner anzuschließen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Geschäftsbericht der Koblenzer Straßenbahn

für das Jahr 1912 hat die Erwartungen der Herren Aktionäre erfüllt. Dem Herrn Direktor Hoff ist es gelungen, durch eine strenge Durchführung des Koalitionsverbots für die Ungeheueren bei schlechten Lohn- und Dienstverhältnissen eine Dividende von 8 1/2 Prozent herauszuwirtschaften. Wir lassen nachfolgend die betreffenden Zahlen folgen:

| | |
|---|------------------------|
| Betriebseinnahmen 1912 aus Personen- und Güterbeförderung: | 1 030 311,74 M. |
| Stromabgabe | 517 714,57 " |
| Installationen und Zählermiete: | 43 681,80 " |
| Reklameeinnahmen: | 2 826,11 " |
| Verschiedene Einnahmen: | 13 780,41 " |
| Gewinnvortrag aus 1911: | 5 374,51 " |
| Zusammen: | 1 613 689,14 M. |
| Betriebsausgaben 1912 einschl. Steuern, Abgaben, allg. Unkosten, Versicherung u. Wohlfahrtseinrichtungen: | 795 554,87 M. |
| Zinsenkonto u. Kursverlust: | 159 811,14 M. |
| Abreibungen: | 27 486,37 M. |
| Uebersetzungen an Amortisations- und Erneuerungsfonds: | 201 378,39 M. |
| Rückstellungskonto: | 25 000,00 M. |
| Within Reingewinn: | 404 458,37 M. |

Laut Beschluß der am 25. Februar d. J. stattgehabten, ordentlichen Generalversammlung, wurden hiervon 8 1/2 Prz. Dividende (4 1/2 Prz. Superdividende) auf 4 Mill. M. gleich 340 000 M., 8 1/2 Prz. auf 750 000 M. gleich 15 937,50 M., zusammen 355 937,50 M. verteilt, 19 954,19 M. dem Reservefonds, 5000 M. dem Beamtenunterstützungsfonds und 20 662,95 M. als Tantiemen dem Aufsichtsrat zugewiesen. Der Rest von 2 903,73 M. wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Den Herren Aktionären eine Dividende von 8 1/2 Prozent und den Schaffnern einen Anfangslohn von sage und schreibe 3.00 Mark pro Tag in der teuren Residenzstadt Koblenz.

Hoffentlich kommt den Kollegen ihre erbärmliche Lage bald zum Bewußtsein und schließen sich geschlossen dem Verbande an. Das von der Direktion aufgezwungene Koalitionsverbot ist weder rechtlich noch moralisch für sie bindend.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die gelben Werkvereine

machen gegenwärtig eine sehr starke innere Krise durch, die vielleicht, ja sehr wahrscheinlich, der Anfang vom Ende der gelben Bewegung ist. Ende Juni fand in Augsburg, der Geburtsstätte der Gelben in Deutschland, der dritte Bundestag statt, auf dem die Geister aufeinander prallten. Es ist selbstverständlich, daß eine derart gemischte Gesellschaft, wie die Gelben, auf die Dauer auch nicht mit den Machtmitteln des

Unternehmertums zwangweise zusammengehalten werden kann.

Während die sogenannte Essener Richtung, unter der Führung des Werkvereins Krupp, das Prinzip bedingungsloser Unterwerfung unter den Willen der Unternehmer, sowohl in wirtschaftlicher, wie auch politischer Hinsicht vertritt, fordert die sogenannte Berliner Richtung einen gewissen Grad von Selbstständigkeit nach außen hin. Sie fordern Neutralität auch gegenüber der Sozialdemokratie, aus deren Reihen auch ihre Anhänger zum großen Teil hervorgegangen sind. Auf dem Bundestag in Augsburg trat diese Spannung zum erstenmal an die Öffentlichkeit.

Die Berliner Vereine hatten mehrere Anträge gestellt, um ihren Anschauungen Geltung zu verschaffen; 1. daß Werkvereine, die ausdrücklich auf das Streikrecht verzichteten, nicht in den Bund deutscher Werkvereine aufgenommen werden dürfen; 2. daß Werksbeamte nicht in den Vorstand gewählt werden dürfen; 3. daß keinem Werkvereinsmitgliede wegen seiner politischen Abstammung Schaden erwachsen dürfe. Letzterer Antrag wurde damit begründet, die Werkvereine hätten nur wirtschaftliche Aufgaben und sollten sich um die politische Gesinnung ihrer Mitglieder nicht kümmern. Vom Kruppschen Werkverein in Essen seien Mitglieder ausgeschlossen worden, die Zentrum und Sozialdemokratie gewählt hätten. Ein solches System sei Gewissenszwang und unhaltbar. Auch sozialdemokratisch Wählende dürfe man nicht ausschließen; in Berlin setzten sich die gelben Vereine zum großen Teil aus früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftlern zusammen, die sich auch nach ihrem Uebertritt noch in sozialistischen Gedankengängen bewegten. Diese Leute könnten doch nicht von heute auf morgen ihre politische Gesinnung ändern.

Dagegen beantragten die Essener, daß sämtliche Vereine, die einen Streikfond sammelten, aus dem Bunde ausgeschlossen werden sollten. Sämtliche Anträge der Berliner wurden zu Fall gebracht. Darauf erklärten die Berliner Vertreter, an den weiteren Verhandlungen kein Interesse mehr zu haben und verließen zum größten Teil das Tagungslokal.

Für einen aufrechten, charaktervollen Arbeiter ist kein Platz weder bei den „echt“ Gelben, noch bei den Blutapfelsinen. Alle Scheinmanöver, die gelbe Sunnspflanze als eine Interessenvertretung der Arbeiter hinzustellen, können über den wahren Charakter dieser Bewegung nicht hinwegtäuschen.

Rechenkünftler.

In der Nummer 14 des „Straßen- und Kleinbahner“ gaben wir die Zahl der Mitglieder des rotgelben Sonderbundes der Straßenbahner auf ca. 600 an. In der letzten Nummer ihres Organs versuchen sie nun die Richtigkeit unserer Angabe zu bestreiten. Die von uns gemachten Angaben widerlegen kann man aber nicht.

Deshalb geht man dazu über und schimpft wie die Mohrspäßen. In gleicher Nummer aber bestätigen sie, daß sie recht schlechte Rechenkünftler sind und ihre Mitglieder anscheinend doppelt zählen. In Köln wird schon seit einem Jahre die Mitgliederzahl auf 250 bis 300 angegeben und mit diesen Zahlen operiert. Das Verbandsorgan berichtete auch im Laufe des vergangenen Jahre von einem steten Fortschritt. In der nämlichen, oben erwähnten Nummer des Organs strafen sie aber ihre eigenen Worte Lügen.

Nach dem dort veröffentlichten Jahresbericht sollen die Einnahmen 2109.08 Mk., die Ausgaben 1415.30 Mk. und der Kassenbestand 503.26 Mk. betragen. Wo die 191.42 Mk. geblieben sind, die sich nach obiger Rechnung als Differenz ergeben, wird nicht gesagt. Entweder sind die Einnahmen zu hoch angegeben, oder aber die Ausgaben oder der Kassenbe-

stand zu niedrig. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, nach dem Verbleib dieser 191.42 Mk. zu forschen.

Wenn man den angegebenen Zahlen Glauben schenkt, was nur in recht vorsichtiger Weise geschehen darf, wie die Differenz beweist, dann ergibt sich für die Mitgliederzahl folgendes: An die Zentrale sind 766.25 Mk. abgeliefert. Da sachungsgemäß pro Monat und Mitglied 50 Pf. abgeliefert werden sollen, ergibt dieses eine Mitgliederzahl von (766.25 Mk. geteilt durch 6.00 Mk.) 128. Ist nun noch die Aufnahmegebühr von 1.00 Mk. pro Mitglied an die Zentrale abgeführt, was aus den Sachungen nicht klar ersichtlich ist, dann ist die Zahl der Mitglieder noch wesentlich geringer.

Wir stellen daher fest, daß die Kölner Ortsgruppe ihre Mitgliederzahl um rund 100 Prozent zu hoch angegeben hat.

Zum Vergleich geben wir hiermit die Zahlen der Abrechnung der Ortsgruppe Köln (Straßenbahner) unseres Verbandes bekannt. (Für die übrigen städtischen Arbeiter bestehen eigene Ortsgruppen.) Angegeben wurde die Zahl der Mitglieder im 1. Quartal 1913 auf 836. In diesem Quartal wurden 10552 Beitragsmarken verkauft oder pro Mitglied und Quartal 12,6 Mark. Da eine Anzahl neue Mitglieder in diesem Quartal zu verzeichnen waren, die zum Teil nur vier oder fünf Wochen ihre Beiträge leisteten, und die erkrankten Mitglieder von den Beiträgen teilweise befreit sind, ist die wirkliche Zahl der Mitglieder noch etwas höher, wie sie von uns angegeben worden ist.

Die Duisburger mögen sich ruhig gesagt sein lassen, daß Lügen kurze Beine haben. Wenn andere Leute sie der Unwahrheit nicht überführen, dann tun sie es, wie im vorliegenden Falle, in ihrer Dummheit eben selbst.

Willst Du nicht mein Bruder sein,

dann hau' ich Dir den Schädel ein!

Nicht nur wird dieser Grundsatz seitens der Genossen als berechtigt anerkannt, sondern es mehren sich die Fälle, wo man ihn in der Praxis anwendet. Am Sonntag, den 6. Juli fand in Jockgrim (Rheinpfalz) eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung für die Arbeiter und Bürger von Jockgrim statt. In dieser Versammlung wurde zu dem Vorgehen des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes im Karlsruher Rheinhafen Stellung genommen. Um die Versammlung zu sprengen, hatten die Genossen ihre „intelligentesten“ Truppen aus der Pfalz und dem Karlsruher Gebiet zusammengetrommelt. Doch konnten sie dabei nicht auf ihre Rechnung kommen.

Nach Beendigung der Versammlung Gewerkschaftssekretär Kuhn aus Karlsruhe mit einigen christlichen Arbeitern zur Bahngang, wurde er vor dem Bahnhof von etwa 40 Genossen, die unter Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Flößer und Reimmüller standen, überfallen. Ohne alles weitere suchte man denselben zu Boden zu schlagen, wobei ständig die Drohung ausgesprochen wurde: „Drauf! Der muß hier liegen bleiben.“ Unter dem Schutze der christlichen Arbeiter mußte sich Kuhn, verfolgt von den mit Messern und Knüppeln bewaffneten Genossen nach Jockgrim zurückziehen, wobei auf Kuhn und die Mitglieder mit Knüppeln eingeschlagen wurde. Ohne die Ruhe und Flucht der christlichen Arbeiter wäre das Schlimmste zu befürchten gewesen.

Das Vorgehen ist das Resultat einer systematisch verlogenen Hecke gegen die christlichen Gewerkschaften und insbesondere gegen den Gewerkschaftssekretär Kuhn. Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, öfters Gerichtsverhandlungen gegen eine Anzahl kleine und große Führer des Transportarbeiterverbandes unter den Hafnarbeitern am Rhein beizuwohnen, der weiß, daß sich hierunter eine große Anzahl Kowdies befinden, die zu Rohheitsbergeben neigen. Bei diesen Elementen bedarf es nur eines kleinen Anstoßes seitens der Gewerkschaftsbeamten um die Rauflust zu betätigen. Wie in den anderen Fällen hat sich im obigen Falle die Behörde der Sache angenommen.

Der 14. Verbandstag des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter fand vom 6.—9. Juli in Aachen statt. Er nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die Verhandlungen waren von einem einheitlichen, und von fester Entschlossenheit zeugenden Zug beherrscht, was am besten die von den Gegnern verbreiteten Märchen vom Zusammenbruch und inneren Zerfall des Gewerkvereins widerlegt. Den Verhandlungen ging eine glänzend verlaufene Begrüßungsfeier voraus, zu der auch die Stadt Aachen einen Vertreter entsandt hatte in der Person des Herrn Bürgermeisters Schoelgen.

Den Verwaltungsbericht erstattete Koll. Herm. Vogelsang. Der Gewerkverein zählte Ende 1912 810 Zahlstellen, die in 32 Bezirke zusammengefaßt sind, an deren Spitze je ein freigestellter Bezirksleiter steht.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Fahrenbruch. Die Gesamteinnahmen betrugen 3 841 253.60 Mk., die Gesamtausgaben 2 112 972.81 Mk., das Vermögen beträgt 2 797 887.48 Mk.

Anschließend erfolgten die Berichte über die Verbandszeitung und über den Rechtsschutz im Gewerkverein. Die vom Gewerkverein unterhaltenen Rechtsschutzbureaus sind von 54 564 Personen besucht worden, denen 32 027 mündliche Auskünfte erteilt und für die 41 462 Schriftsätze angefertigt wurden. Ueber die Rechtsschutztätigkeit des Gewerkvereins und deren Erfolg in den letzten sieben Jahren unterrichten folgende Zahlen: Die Rechtsschutzbureaus wurden in dieser Zeit von 179 940 Personen besucht. Denselben wurden 93 423 mündliche Auskünfte erteilt und 122 239 Schriftsätze angefertigt. Die direkten Vorerfolge an nachzuzahlender Unfall-, Anapppschäfts-, Invalidenrente, Krankengeld, zu wenig ausbezahlem Lohn usw. betrugen im Jahre 1906: 59 688.83 Mk.; 1907: 94 143.74 Mk.; 1908: 131 972 16 Mk.; 1909: 231 069.88 Mk.; 1910: 187 177.29 Mk.; 1911: 166 774.36 Mk.; 1912: 180 594.17 Mk.

Der Verbandstag wandte sich dann der Beitrags- und Unterstützungsförderung zu. Es hat sich herausgestellt, daß zu einer macht- und kraftvollen Vertretung der Bergarbeiterinteressen die jetzigen Einnahmen des Gewerkvereins ungenügend waren. Der Vorstand hatte deshalb eine Vorlage eingebracht, die eine Erhöhung der Beiträge vorsah. Dieselbe wurde nach eingehender Debatte als ungenügend erkannt, und der folgende, über die Vorschläge des Vorstandes hinausgehende Kompromißantrag zum Beschluß erhoben:

„Der Beitrag wird einschließlich des an die Lokalkasse zu entrichtenden Beitrages von 5 Pfg. wie folgt festgesetzt: für Klasse 1 auf 40 Pfg., für Klasse 2 auf 50 Pfg., für Klasse 3 auf 60 Pfg., für Klasse 4 auf 70 Pfg. Von jedem Pflichtbeitrag gelten 10 Proz. als Lokalzuschlag und kommen für die Unterstützungen nicht in Betracht.“

Daneben wurden noch freiwillige Beitragsklassen bis zu 1.10 M. eingerichtet.

Eine Änderung von Grund auf erfuhr das Unterstützungswesen. Bisher waren die Unterstützungssätze für alle Mitglieder, die dem Gewerkverein über ein Jahr angehörten, gleich. Daraus ergab sich eine Benachteiligung der älteren Mitglieder, der man nun abgeholfen hat.

Ueber die Unfallverhütung im Bergbau referierte Landtagsabgeordneter Imbusch.

Es folgten weitere Referate über Schlagwetter und Kohlenstaub und über die nächsten Aufgaben des Gewerkvereins zur wirtschaftlichen Hebung der Bergarbeiter. Der Redner zum letzteren Thema bezeichnete als die nächsten Aufgaben: Ausbau des Arbeiterrechts; Einschränkung und Regelung der Arbeitszeit; Sicherung eines auskömmlichen Lohnes; Änderung des Strafwesens; Errichtung weiterer Berggewerbegerichte oder Gewerbegerichte; Verminderung der Unfallgefahren; Gewährung eines jährlichen Urlaubs unter Fortzahlung des Lohnes; Verbesserung der Wohlfahrts-einrichtungen; Verbesserung des Anapppschäftswesens sowie die Erkämpfung der Organisationsfreiheit und der Anerkennung der Organisation.

In der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Sekretär

im Hauptvorstand, Koll. Herm. Vogelsang, als erster Vorsitzender gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Koll. Köster, lehnte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ab. Er wurde in Würdigung seiner großen Verdienste um den Gewerkverein zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der Leitung des Gewerkvereins stattete der Verbandstag den Dank ab in der folgenden einstimmig angenommenen Resolution:

„Die Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter spricht der Hauptleitung des Gewerkvereins den besonderen Dank aus für die weitstichtige und kraftvolle Leitung und Verwaltung während der Berichtszeit. Die zum Teil mit gutem Erfolg geführten Bewegungen in den einzelnen Revieren finden die volle Anerkennung der Generalversammlung.“

Insbesondere aber spricht die Generalversammlung dem Hauptvorstand bzw. der Hauptverwaltung ihr volles Vertrauen dafür aus, daß sie beim Ruhrstreik im Frühjahr 1912 gegenüber der arbeiter-schädigenden Taktik des Dreibundes und speziell des sozialdemokratischen Verbandes, gewerkschaftliche Grundsätze mit aller Entschiedenheit vertreten haben, trotz dem Wüten aller Gegner. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß gerade durch die Haltung des Gewerkvereins das Interesse der Bergarbeiter wahrgenommen wurde, indem dem Gewerkschaftsgedanken befreit von sozialistischen Nebenzwecken, wieder Geltung für die fernere Zukunft verschafft wurde.“

Der Lohnkampf in den Emmericher Margarinefabriken

ist nach 10-wöchiger Dauer mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Der geforderte Mindestlohn wurde den streikenden Arbeitern bewilligt und das völlige freie Koalitionsrecht den Arbeitern ausdrücklich zuerkannt. Der Boykott über die Firmen Voemer und van Rossum wird auf der ganzen Linie aufgehoben.

Der Kampf wurde von beiden Seiten mit außerordentlicher Zähigkeit geführt. Die lange Dauer des Kampfes wird seitens der Arbeiter zunächst auf das einseitige Eingreifen der Polizei zugunsten der Arbeitgeber zurückgeführt, indem das Streikpostensuchen nach dreiwöchentlicher Dauer verboten wurde. Auch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse war nicht dazu angetan, eine baldige Verständigung herbeizuführen. So wurde bereits vor einigen Wochen der Emmericher Streik von dieser Presse als verloren bezeichnet.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnungen vom 2. Quartal haben eingesandt die Ortsgruppen Siegen, Straubing, Pasing, Geitau, Starnberg, Weiden, Mannheim (Straßenbahner), Werned, Duisburg, Liegnitz, Mannheim (Gemeindearbeiter), Gildesheim, Rosenheim, Augsburg, Landshut (Gemeindearbeiter), Regensburg (Gemeindearbeiter), Baderborn, Stuttgart (Straßenbahner), Würzburg (Straßenbahner), Trier, Stettin, Amberg, Rhehdt, Cleve und Danzig.

Der Zentralvorstand.

Briefkasten.

Kollege P., Düsseldorf. Der Bericht über den Diebstahls- und Fehlerprozeß eignet sich für unser Organ nicht. Darin sind wir mit den Kollegen einig, daß die Tage bei der Düsseldorfer Straßenbahn für einen Schaffner oder Führer gezählt wären, wenn er in ähnlicher Weise, wie der Herr Kontrolleur T. in einem derartigen Prozeß verwickelt würde. Gruß! Die Redaktion.

Gedenktafel.

Gestorben ist unser treuer Kollege

Albert Abbe, Gildesheim.

Chre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Deutzerwall 9. Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.